

Regionalbund

# standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 276 – 13. Jahrgang

EDITORIAL



Hans Rudolf Gysin  
Nationalrat, Direktor  
Wirtschaftskammer  
Baselland

## Prügel eingesteckt

Rund 300 Mio. Franken investieren Basel und Basel-Stadt gemeinsam in den Life-Sciences-Neubau auf dem «Schällemätteli» (Artikel auf dieser Seite). Vorgesehen sind weitere gemeinsame Investitionen von rund 800 Mio. Franken in Universitätsprojekte. Aus Sicht der Baselbieter KMU-Wirtschaft und ihres kantonalen Dachverbandes zweifellos eine gute und sinnvolle Sache. Einerseits geht es dabei um die Stärkung des Bildungsstandortes Nordwestschweiz. Andererseits ist dabei aber auch vereinbart worden, dass an diesen Investitionen im Rahmen der Auftragsvergaben auch die Baselbieter KMU «gleichwertig» partizipieren können. Allerdings ist den Baselbieter KMU die Vereinbarung der «gleichwertigen Berücksichtigung» nicht einfach wie das «Manna» in den Schoss gefallen. «standpunkt»-Leser erinnern sich sicher an den im letzten Frühjahr hart geführten Kampf der Wirtschaftskammer, dass die Zusicherung der «gleichwertigen Berücksichtigung» in die Projektierungsvorlage für den Landrat aufgenommen worden ist – im letzten Moment zur zweiten Lesung im Landrat.

Die Wirtschaftskammer hat dafür verbale Prügel von der Baselbieter Linken eingesteckt, obwohl es dabei ja auch um Arbeits- und Ausbildungsplätze geht. Und auch im Stadtkanton hat man nicht mit Kritik an der «renitenten» Wirtschaftskammer gespart. Nun denn: Prügel einstecken zugunsten unserer Mitglieder ist Teil unserer Aufgaben. So werden wir auch bei der kommenden Baukreditvorlage für das Life-Sciences-Projekt sehr genau darauf achten, dass die Vereinbarung zur «gleichwertigen Berücksichtigung» eingehalten wird – Kritik hin oder her.

**KONZENTRATIONSPROZESS** – Der wirtschaftliche Druck auf die Schweizer Medien hat unerfreuliche Folgen – auch für die KMU-Wirtschaft.

## Brutaler Kampf um Auflagen und Anzeigen

Nein, die Schweizer Medienverlage sind wahrlich nicht zu beneiden: Erst standen sie in harter Konkurrenz zu den elektronischen Medien wie Radio und Fernsehen, die sich immer stärker regionalisiert und damit (Werbe-) Domänen der Tageszeitungen angegriffen haben. Dann wandelte sich das Internet zum aktuellen Newsträger, gegen den die gedruckte Zeitungsaktualität keine Chance mehr hat, und schliesslich «kannibalisierte» sich die Branche selber mit immer mehr Gratiszeitungen, welche die klassische Abonnementszeitung ins Abseits drängten. Kurz: Im Nachrichtengeschäft haben die klassischen Medien die Lufthoheit verloren. Dies alles geschieht in einem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel, in dem das Informationsverhalten zum «Fastfood-Konsum» mutiert – gratis und franko, stündlich am Bildschirm verfügbar. Hinzu kamen wirtschaftliche Entwicklungen, die Personalrekrutierungen bremsen und Werbebudgets spürbar verkleinerten. Die Inseratebuchungen – vor

allem Personalinserate – brachen mehrmals drastisch ein oder wanderten in die elektronischen Medien ab – gerade auch in ausländische werbefinanzierte Sender.

### Spardruck auf Redaktionen

Dieser Überlebenskampf führte logischerweise zu dramatischen Sparmassnahmen bei den Redaktionsbudgets, dann zu Kooperationen mit anderen Verlagen und Zeitungen und schliesslich zu Fusionen, die weitere Abbaumassnahmen hauptsächlich im Redaktionsbereich zur Folge haben. In vielen Tagesmedien haben die punkto Fachwissen und Erfahrung versiertesten Journalisten jungem, kostengünstigerem Nachwuchs Platz machen müssen. Zerstört wurden damit die Netzwerke der «alten Hasen», die mit Politik und Wirtschaft vertraut waren. Heute spürt man beim Medienkonsum jeden Tag, dass deren reicher und differenziert genutzter Wissens- und Erfahrungsschatz im anspruchsvollen journalistischen Handwerk fehlt.



Die Schweizer Printmedien sind um ihrem enormen Spardruck nicht zu beneiden.

### Defizite beim Nachwuchs

Der Nachwuchs – frisch von der Universität oder von Journalistenschulen – bemüht sich redlich, diese Defizite auszugleichen. Dennoch drückt bei viel Unsicherheit oder ein allzu schematisches Schwarz-Weiss-Denken durch, gerade bei politischen und wirtschaftlichen Themen. Fazit: Im Zweifelsfall stellt man sich auf die «sichere Seite» und übernimmt zum Beispiel Verlautbarungen und Botschaften von Behörden

und Ämtern, ohne diese in einem grösseren gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang kritisch zu beleuchten.

### «Prügelknaben»-Pflege

Zunehmender Beliebtheit erfreut sich in diesem handwerklichen Vakuum der Mainstream: Ein Thema und dessen journalistische Bearbeitung wird offensichtlich immer mehr

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

**PARTNERSCHAFT** – Wettbewerbsentscheid zum Life-Sciences-Neubau in Basel ist gefallen.

## Erstes bikantonales Projekt für die Universität gestartet

Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben Ende April den Jury-Entscheid zum Projektwettbewerb für den Neubau der Life-Sciences in Basel vorgestellt. Obsiegt hat das Projekt «chroma» der «ilg santer architekten» aus Zürich, das von einem 70 Meter hohen Turm bestimmt wird. Dieser erste, von beiden Basler Halbkantonen finanzierte Neubau für die Universität soll auf dem Gelände der ehemaligen Strafanstalt «Schällemätteli» neben dem Basler Biozentrum gebaut und etwa 2015 in Betrieb genommen werden.

### Erfolgreiche Intervention der Wirtschaftskammer

Die beiden Kantonsparlamente haben im Juni 2009 ihre Zustimmung zum Projektierungskredit für einen Neubau der Life-Sciences in

Basel gegeben, nachdem die Vorlage im Vorfeld im Kanton Baselland unter der Federführung der Wirtschaftskammer Baselland vor allem



Das Life-Sciences-Projekt «chroma» auf dem Areal des «Schällemätteli» in Basel wird deutlich vom 70 Meter hohen Turm geprägt (Bild BVD).

innerhalb der KMU-Wirtschaft für politische Kontroversen gesorgt hatte. Dies, weil in der Regierungsvorlage nicht verbindlich geregelt war, dass die Auftragsvergabe «paritätisch» zwischen den KMU-Anbietern im Stadt- und Landkanton durchgeführt wird. Nachdem die Vorlage – mit klaren Zusicherungen der Universität – nachgebessert worden war, stand einer deutlichen Zustimmung des Baselbieter Parlaments – und dem Verzicht auf ein Referendum von Seiten der Wirt-

schaftskammer – nichts mehr im Wege.

### 300 Mio. Franken Gesamtkosten

Die Baukosten des Projektes werden auf rund 240 Millionen Franken geschätzt; die Gesamtkosten sollen etwa 300 Millionen Franken betragen. Abhängig ist das Vorhaben indes noch vom Ja der Parlamente in beiden Basel, denen 2012 entsprechende Vorlagen unterbreitet werden.

Im Neubau soll das rund 45 Jahre alte Biozentrum der Uni neue Räume erhalten. Er soll 550 Forschenden und 800 Studierenden Platz bieten und auch Hörsäle sowie ein Rechenzentrum beherbergen. Gebaut werden soll er an der Stelle des früheren Gefängnisses Schällemätteli neben dem heutigen Biozentrum. Die Eröffnung ist auf Ende 2015 vorgesehen.

Die Jury erkor das Projekt «chroma» der Zürcher Architekten im Rahmen eines anonymen Wettbewerbs. Beworben hatten sich 58 Teams, von denen 28 für den Wettbewerb ausgewählt wurden und schliesslich vier in die engere Wahl kamen.

(Quellen: sda/RegBS)

HEUTE IN DER

## Gewerbezeitung

### FLEISCHBRANCHE 1/4

Die Schweizer Metzger kämpfen gegen Bürokratie und überhöhte Abgaben.

### INTERVIEW 3

«Fuhrhalter der Nation» Ueli Giezendanner rechnet mit Bundesrat Leuenberger ab.

### TELEKOMMUNIKATION 11

Dank grüner Informationstechnologie lässt sich überraschend viel Strom sparen.





Immer mehr Gratis- und Sonntagszeitungen, die elektronische Konkurrenz und ungünstige wirtschaftliche Entwicklungen haben die Zeitungslandschaft in unserem Land deutlich umgekrempelt.

MEINUNGS-«EINFALT» – Spardruck verkleinert die kritische Distanz.

## «Unheilige» Abhängigkeit von der Politik

FORTSETZUNG VON SEITE 1

an seinem boulevardesken Gehalt, noch besser an seinem Skandalisierungs-Potenzial gemessen. Waren es bis vor wenigen Jahren noch Christoph Blocher, die CVP und die SVP, denen man nach Belieben undifferenzierte Prügel austeilte, so sind es heute Hans-Rudolf Merz, die Banker und Abzocker – konkret in UBS und CS – und ganz aktuell die FDP, die bald täglich für einen häme- oder empörungsbewirtschafteten Beitrag erhalten müssen. Devise: Wenn alle prügeln, dann kann ein eigener Prügel-Beitrag kaum schief liegen.

### Meinungs-Zentralisierung

Diese Entwicklung wird noch verschärft durch neueste Branchen-Erzungenschaften: «Newsroom» heisst der neudeutsche Begriff für zentral aufbereitete Berichterstattung oder Recherche, die kostenbewusst von

immer mehr Zeitungen übernommen wird und sich – von der Quelle her schier undefinierbar – als «Einheitsbrei» in viele Tagesmedien ergiesst. Dass die Schliessung der Nachrichtenagentur AP in der Schweiz und damit die «Aufwertung» der Schweizerischen Depeschagentur SDA zur Monopolagentur ebenfalls nicht zur Meinungsvielfalt der Medien beigetragen, ist auch klar.

### Primeur-Jagd der Sonntagsmedien

Eine weitere Entwicklung ist mit Sorge zu betrachten: In der Schweiz hat sich innert kurzer Zeit eine eigentliche Sonntagsmedien-«Kultur» etabliert, die den ersten Titeln deutliche Erfolge brachte. Weitere Titel wollten daran teilhaben. Und so existiert heute ein knappes Dutzend Sonntagszeitungen, die sich um die Aufmerksamkeit der Schweizer Leserschaft bemühen. Anders als bei

den regional verankerten Tageszeitungen tobt dieser Konkurrenzkampf um den ultimativen «Primeur» für den «Sonntags-Zmorge»-Tisch von Familie Schweizer auf nationaler Ebene.

Die Politik weiss diesen Konkurrenzkampf längst für sich zu nutzen: Wer am Sonntag medial prominent auftreten will, bedient zum richtigen Zeitpunkt eine Sonntagsredaktion zu einem trendigen Thema mit einer Indiskretion aus dem Bundeshaus oder mit einer oppositionellen Meinung gegenüber der eigenen Fraktion. Die Medien spielen unverdrossen mit – ohne offenbar zu merken, wie sie samt ihrer Leserschaft «manipuliert» werden.

### Unheilige Abhängigkeiten

Fatal daran ist, dass damit zwischen Medien und Politik unheilige, ja auch unheimliche Abhängigkeiten entstehen, die durch die aufgeblasenen

Kommunikationsabteilungen der Behörden und Verwaltungen zusätzlich verstärkt werden. Dort tummeln sich immer mehr frühere Mitarbeiter aus Redaktionen, die ihre «lieben Kollegen» freundschaftlich mit «lüpfigen» Informationshäppchen bei Laune halten. Die kritische Distanz der Medien zu professionellen Informationsvermittlern wird so immer kleiner. Der aus diesen und weiteren unerfreulichen Entwicklungen entstehende «Mainstream» trägt insgesamt nicht zu mehr Akzeptanz bei. Darunter leiden weiter die Auflagenhöhen und das Anzeigengeschäft. Die allgemeine Leser-Unzufriedenheit und immer mehr auch der Überdruß nehmen weiter zu ...

### Keinen Draht zu KMU-Themen

Für die KMU-Wirtschaft ist diese Situation nicht erhebend: Das trendige, aber zu oft undifferenzierte Prügeln der Wirtschaft – aktuell mit populistischem UBS- und CS-«Bashing» – trägt nichts zum guten Image der KMU bei. Dabei ist dieses wirtschaftliche Fundament auch für die Medien überlebensnotwendig. Mit dem Schwören nur von Sympathie-Eiden ist es eben nicht getan!

So war – um nur zwei Beispiele zu nennen – der seinerzeitige Kampf der KMU-Verbände gegen den Neuen Lohnausweis oder aktuell gegen die überzogenen Billag-Gebühren kaum ein Presse-Thema, obwohl die Auswirkungen dieser behördlichen Missgriffe auch die breite Leserschaft stark tangieren. Liegt daran, dass sich solche KMU-Themen zu wenig boulevardisieren oder gar skandalisieren lassen?

### Meinungsvielfalt erhalten

Zugegeben: Diese «Analyse» hat noch längst nicht alle Aspekte der überall feststellbaren Veränderungen innerhalb der Medienlandschaft angesprochen. Dennoch ist aus KMU-Sicht dringend zu wünschen, dass die mediale Meinungsvielfalt nicht weiter wirtschaftlichen Zwängen geopfert wird.

Edi Borer, Redaktor «standpunkt»,  
Fachjournalist BR SFJ

## BEFREUNDETE VERBÄNDE

### ADLATUS SCHWEIZ – GV in Basel Erfolgreiche Krisen-Interventionen bei Schweizer KMU

Der adlatus-Regionalleiter Basel-Stadt/Basel-Stadt, Josef Amstad, konnte Ende April über 130 adlatus-Berater aus der ganzen Schweiz zur 28. Generalversammlung auf dem Novartis Campus willkommen heissen. 15 Jahre sind verstrichen, seit die aktive und initiative Sektion Basel wieder in die Rolle des Organisators und Gastgebers für das schweizweit tätige Beraternetzwerk geschlüpft ist.

### KMU mit Bodenhaftung

Diese wirtschaftlich sehr ereignisreiche Zeitspanne veranlasste Amstad, über die Bedeutung der KMU als gesunder, stabilisierender Faktor innerhalb der Schweizer Volkswirtschaft und gesamthaft grösster Arbeitgeber zu sinnieren. Während in den letzten 15 Jahren manche Grossfirmen – namentlich im Bankenbereich – abhoben, fusionierten und verschiedentlich fast kollabierten, blieben die meisten KMU mit den Füßen auf dem Boden, mit dem Kopf aber innovativ auf die Zukunft ausgerichtet. Die Wettbewerbsbedingungen und die behördlichen Auflagen wurden für die KMU in dieser Zeit immer schwieriger und zahlreiche Betriebe blieben auf der Strecke.

### Nicht erst «fünf-vor-zwölf»

Praktisch alle GV-Teilnehmer konnten von erfolgreichen Kriseninterventionen bei KMU berichten. Dennoch beschäftigte sie vor allem eine Frage: Wie können KMU-Verantwortliche dafür gewonnen werden, nicht erst fünf vor zwölf gezielt die Dienste von soliden und kompetenten Beratern in Anspruch zu nehmen, sondern dann, wenn noch viele Handlungsoptionen offen, zu bewerten, auszuwählen und entschlossen umzusetzen sind? *adlatus*



### LINK

[www.adlatus.ch](http://www.adlatus.ch)

## DEMOKRATISCHE RECHTE

WORTLAUT – der Ende April überreichten Gesetzesinitiative\*.

### Unverzügliche und nachhaltige Lösung des Altlastenproblems

Die «Gesetzesinitiative für eine unverzügliche und nachhaltige Lösung des Altlastenproblems» ist die vernünftige und lösungsorientierte Alternative zu den überrissenen Forderungen von Umwelt-Aktivistinnen rund um die Mutterzer Deponien. Die Initiative für eine unverzügliche und nachhaltige Lösung des Altlastenproblems will – im Interesse des Kantons und der Bevölkerung der Region – eine einvernehmliche und damit auch rasche Lösung zwischen den Beteiligten erreichen. Die Initiative verpflichtet den Baslerbieter Regierungsrat, unverzüglich mit der betroffenen Basler Chemisch-Pharmazeutischen Industrie eine Vereinbarung abzuschliessen, welche für diese Unternehmen folgende Auflagen beinhaltet:

- Klares Bekenntnis zu einem wirkungsvollen Trinkwasser-Schutz.
- Verpflichtung zu einer substantiellen Mitfinanzierung von notwendigen Untersuchungs-, Überwachungs- und Sanierungsmassnahmen.
- Bereitstellung eines Härtefall-Fonds für betroffene KMU (Schutz von Arbeitsplätzen!) und für betroffene Haus- bzw. Grundeigentümer

\*Publiziert im Amtsblatt Baselland am 29. Oktober 2009.

## ALTLASTEN – Unverzügliche, nachhaltige Lösung statt überrissene Forderung. 7000 Unterschriften der Vernunft

Eine Delegation des Initiativkomitees «für eine unverzügliche und nachhaltige Lösung des Altlastenproblems» hat Ende April ihre gleichlautende Gesetzesinitiative mit rund 7000 Unterschriften an Landschreiber Walter Mundschin überreicht. Der Komiteepäsident, Nationalrat Hans Rudolf Gysin, zeigte sich sehr erfreut über den grossen Erfolg der Volksinitiative bei der Unterschriftensammlung.

### Vernünftige Lösung statt Radikalforderungen

Die formulierte Gesetzesinitiative, welche inhaltlich weitgehend dem nichtformulierten landrätlichen Gegenvorschlag entspricht, über welchen der Baslerbieter Souverän am kommenden 13. Juni zu beschliessen hat, will eine unverzügliche und nachhaltige Lösung des Altlastenproblems in den Mutterzer Deponien. Mit den gegen 7000 Unterschriften unterstreichen die Baslerbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nachdrücklich, dass sie eine vernünftige und lösungsori-

enterte Alternative zu den überrissenen Forderungen der Deponie-Initiativen der Grünen wünschen. Die Initiative enthält ein klares Bekenntnis für einen wirkungsvollen Trinkwasserschutz.

Die spezielle Konstellation mit dem von Regierung und Landrat empfohlenen, nichtformulierten Gegenvor-

schlag und der nun eingereichten, formulierten Gesetzesinitiative (siehe Kasten auf dieser Seite rechts) eröffnet eine einmalige Chance. Sollte der Gegenvorschlag am 13. Juni angenommen werden, liegt bereits eine ausformulierte, «entscheidreife» Gesetzesvorlage mit klaren Handlungsanweisungen an die Regierung vor.



Unterschriftenübergabe am 30. April (v. l.): Landrat Hansruedi Wirz, Landrat Christoph Buser, Landrat Patrick Schäfli, Landschreiber Walter Mundschin, Nationalrat Hans Rudolf Gysin und e. Landrat Fredy Gerber.

## IMPRESSUM

### Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgV,  
Schwarztorstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern,  
Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch  
Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern  
Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

### Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland  
■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium  
für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft  
Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96,  
4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50  
Internet: [www.kmu.org](http://www.kmu.org)  
e-mail: [standpunkt@kmu.org](mailto:standpunkt@kmu.org)  
Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor  
Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)  
Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

### Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland  
e-mail: [standpunkt@kmu.org](mailto:standpunkt@kmu.org)  
Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.



**GEWERBEFORUM** – Höhepunkt der Münchensteiner KMU.

## Gewerbeausstellung im nächsten Jahr

Bereits Ende März trafen sich die Mitglieder des Gewerbevereins Münchenstein im Foyer des Sport- und Kulturzentrums zu ihrer diesjährigen Generalversammlung. Als offizielle Gäste konnte Präsident **Robert Schmidlin** insbesondere Gemeindepräsident **Walter Banga** und Landrat **Christoph Buser** als Vertreter der Wirtschaftskammer Baselland willkommen heissen.

### Denkwürdiges Gewerbeforum

Die 164 Mitglieder zählende KMU-Organisation blickte auf ein unspektakuläres Vereinsjahr zurück. Als Höhepunkt konnte das erste «Gewerbeforum» mit SVP-Nationalrat **Hans Kaufmann** verzeichnet werden, das im Oktober 2009 durchgeführt wurde. Im kommenden Jahr planen die Münchensteiner Gewerbetreibenden eine Gewerbeausstellung. Für eine erfolgreiche und vor allem finanzierbare Durchführung sind mindestens 60 Aussteller nötig. Schmidlin und Werbechef **Jürg Bühler** riefen die GV-Teilnehmer auf, das Projekt «Gewerbeausstellung» tatkräftig zu unterstützen und die sich damit bietenden Präsentationsmöglichkeiten aktiv zu nutzen. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten sei es wichtig, Flagge zu zeigen. *MWB.*

### BERUFSBILDUNG

«VALIDIERUNG PLUS» – Berufsabschlüsse für Erwachsene.

## Gezielte Förderung

Mit dem Projekt «Validierung plus» fördert auch der Kanton Baselland die Möglichkeiten für Erwachsene, einen Berufsabschluss nachzuholen. Denn: Nicht alle Erwachsenen haben in ihrer Jugend eine berufliche Grundbildung (Lehre) absolviert. Wenig bekannt ist allerdings, dass ihnen mehrere Wege offenstehen, eine berufliche Qualifikation nachzuholen. Diese Möglichkeiten der so genannten «Nachholbildung für Erwachsene» können auch von Personen genutzt werden, die zwar schon einen Berufsabschluss erworben haben, sich aber beispielsweise aufgrund der arbeitsmarktlichen Situation neu orientieren müssen. Durch verstärkte Information und profunde Beratung sollen künftig mehr Erwachsene dazu motiviert werden, von den Angeboten der Nachholbildung Gebrauch zu machen. Mehr Informationen unter [www.afbb.bl.ch](http://www.afbb.bl.ch)

### KMU FRAUEN BASELLAND

#### Jahresprogramm 2010

Für das Jahr 2010 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Anlässe in Planung bzw. bereits weitgehend fixiert. Die Mitglieder erhalten rechtzeitig die detaillierten Einladungen für die Anlässe.

#### Besichtigung TeleBasel

Dienstag, 18. Mai, 18 Uhr, mit exklusiver Führung und Blick hinter die Kulissen, Basel

#### «BioBauern»-Sommerplausch

Mittwoch, 30. Juni, 17 Uhr, mit Besichtigung des BioBauern-Betriebs Rehaghof/Schürhof in Aesch; anschliessend gemütliches Grillieren und Degustieren

#### Betriebsbesichtigung Käch AG, Dornach

September, Sanitäts- und Rettungs-Notzentrale Heinrich Käch AG, Dornach

#### Weihnachtsanlass

November, mit Partner: «Wein & Schokolade»

An einer Mitgliedschaft interessierte Damen sind eingeladen, an einzelnen Anlässen teilzunehmen und dabei KMU-Frauen unverbindlich kennenzulernen. Wir bitten um vorherige Anmeldung.

#### Weitere Auskünfte und Anmeldung:

Tel. 061 927 65 58 oder [kmu-frauen@kmu.org](mailto:kmu-frauen@kmu.org)

### POLITIKOLUMNE

# Vom Teller oder vom Trottoir?

**M**ittagessen daheim, das ist für die heutige Arbeitnehmerschaft die Ausnahme. Man isst auswärts. Und der Bund isst mit. Vom Restaurant-Konsumationspreis gehen 7,6 Prozent Mehrwertsteuer nach Bern; wer sich an der Pizza- oder Kebab-Bude verpflegt, zahlt 2,4 Prozent Mehrwertsteuer. Dieser «kleine Unterschied» hat grosse Wirkung. Bei beispielsweise 25 Franken Konsumationspreis macht die Differenz einen Franken dreissig aus. Das sind bei 200 Arbeitstagen 260 Franken Verpflegungskosten mehr oder weniger – was zehn Verpflegungstagen entspricht.

Weil die Unterscheidung der Konsumenten nach dem Kriterium «Essen vom Teller» oder «Essen vom Trottoir» längst niemandem mehr einleuchtet, sind am 19. April 2010 über 2000 Gastronomen auf den Bundesplatz marschiert. Deren Forderung: «Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes!» Speisen und alkoholfreie Getränke sollen unabhängig vom Verzehr-Ort gleich besteuert werden. GastroSuisse-Zentralpräsident Klaus Künzli findet: «Es ist ungerecht, für ein Mittagessen im Restaurant 7,6 Prozent Mehrwertsteuer zu bezahlen, während der Schnellverpfleger seine Pizzaschachtel für 2,4 Prozent von der Stadt entsorgen lässt».

GastroSuisse als Arbeitgeberverband für Hotellerie und Restauration startet zum ersten Mal eine Volksinitiative. Rund 21'000 Mitglieder mit



**Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der baz.**

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

230'000 Beschäftigten und 10'000 jugendlichen Mitarbeitern stehen dahinter. Das Problem beschäftigt seit Jahren schon auch das Parlament und den Bundesrat. Der Obwaldner FDP-Ständerat Hans Hess hat am 9. Dezember 2004 folgende Motion (verbindlicher Auftrag) eingereicht: «Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Änderung des Mehrwertsteuergesetzes zu unterbreiten, sodass der reduzierte Mehrwert-

steuersatz auch für Ess- und Trinkwaren gilt, die im Rahmen von gastgewerblichen Lieferungen abgegeben werden. Zum Ausgleich der dadurch geringer ausfallenden Mehrwertsteuereinnahmen soll der reduzierte Mehrwertsteuersatz entsprechend erhöht werden.»

Hess argumentiert: «Bei der Einführung der Mehrwertsteuer verkaufte der Detailhandel nur sehr beschränkt bereits bearbeitete Produkte für die Ausserhausverpflegung, während vorwiegend im Gastgewerbe fertig zubereitete Speisen serviert wurden. Aufgrund der grösseren Nachfrage nach Auswärtsverpflegung haben sich inzwischen auch Bäckereien, Metzgereien usw. auf dieses Marktsegment («Takeaway») ausgerichtet.» Verschiedene Mehrwertsteuersätze führten so zu einer Marktverzerrung.

Finanzminister Hans-Rudolf Merz befürwortet ausdrücklich das «Nullsummenspiel» mit einem neuen Einheitssatz von 3,6 Prozent für gastgewerbliche Leistungen. Aber noch lieber hätte er einen generellen Mehrwertsteuer-Einheitssatz. Die bundesrätliche Botschaft für einen Einheitssatz wurde aber höchst kontrovers aufgenommen. Offen bleibt damit auch die Frage, wie lange die Ungleichbehandlung der Gastronomiekunden weitergehen soll. Ohne den Druck einer Volksinitiative kann das dauern ...

P.A.

### MITARBEIT – GIV Aesch macht Kommunalpolitik.

## Engagement für Gemeinde

Seit vielen Jahren ist der Gewerbeverein Aesch ein wichtiger und verlässlicher Ansprechpartner in der Gemeindepolitik. Das kommunale Engagement und der wirtschaftspolitische Sachverstand der Aescher Gewerbetreibenden sind gefragt. So dankte Gemeindepräsidentin **Marianne Hollinger** anlässlich der Generalversammlung dem Gewerbeverein und seinen Exponenten für ihren Beitrag zum «attraktiven Aesch». Landrat **Christoph Buser** schloss sich diesem Dank von Seiten der Wirtschaftskammer Baselland an.

#### Keine weitere Regulierung

Laut Jahresbericht von Präsident **Roland Hohl** beschäftigte sich der Vorstand im Jahr 2009 schweremotiviert mit dem kommunalen Richtplan der

Gemeinde Aesch. Dabei erwiesen sich vor allem die Projekte eines Einkaufszentrums im Quartier Obereg und jenes der Landi als eigentliche Knackpunkte.

Der Vorstand von Gewerbe und Industrie Aesch lehnte eine generelle Begrenzung der Verkaufsfläche durch den Richtplan auf 10'000 Quadratmeter ab, nachdem im Rahmen der bereits geltenden Regelungen ohnehin jedes Projekt mit einer Verkaufsfläche von mehr als 500 Quadratmetern der Quartierplanung unterliege und eine solche jeweils durch die Gemeindeversammlung genehmigt werden müsse. Für den Gewerbeverein sei damit die Mitsprache der Bevölkerung gewährleistet. Es brauche keine zusätzliche Regulierung.



Präsident Roland Hohl (stehend) erläutert die KMU-politischen Schwerpunkte.

#### Vorstandsrevirement

Nach 12 Jahren engagierter Vorstandstätigkeit schied Aktuar **Adrian Probst** aus der Vereinsleitung aus. Ebenfalls ins zweite Glied trat **Thomas Fleig**, nachdem er im Verlauf des letzten Jahres seine Funktion als Präsident der Aescher Detail-

listen niedergelegt hatte. Als neue Vorstandsmitglieder wählte die Versammlung **Michael Dreier** (Raiffeisenbank Aesch-Pfeffingen) und **Monika Fanti** (IG Aesch, Weinbau Fanti). Präsident Hohl und die restlichen Vorstandsmitglieder wurden ehrenvoll wiedergewählt. *MWB.*

### DISKRIMINIERUNG – GastroBaselland kämpft.

## Schluss mit der Verbietererei!

Nationalrat **Christian Miesch** brachte es in seinem Gastreferat auf den Punkt: «Die Liste einschränkender Gesetze, absurder staatlicher Vorschriften und unnötiger Verbote wird immer länger. Allmählich, aber sicher entwickeln wir uns zu einer Verbotsgesellschaft.»

Das Thema der Überregulierung und der fortschreitenden Einschränkung der unternehmerischen Freiheit zog sich wie ein roter Faden durch den öffentlichen Teil der diesjährigen Generalversammlung von GastroBaselland. Das ab 1. Mai geltende Rauchverbot war in diesem Zusammenhang das wohl aktuellste Thema. Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** hätte die liberalere Bundeslö-

sung vorgezogen. Es gelte nun aber den deutlichen Entscheid des Baselbieter Volkes zu respektieren und entsprechend umzusetzen. Pegoraro lud die Baselbieter Wirte ein, bei der Umsetzung konstruktiv mitzuwirken, und versicherte gleichzeitig: «Es wird keine spezielle Passivraucher-Polizei geben!»

#### Investition in die Zukunft

Trotz des politisch und gesellschaftlich raueren Windes, dem sich die Gastronomie ausgesetzt sieht, hat die Branche laut Verbandspräsident **Markus Thommen** eine Zukunft. Mit dem gross angelegten Aus- und Umbau des Ausbildungszentrums in Liestal investiert GastroBaselland



Ehrgäste: Regierungsrätin Sabine Pegoraro, Nationalrat Hans Rudolf Gysin und KIGA-Chef Thomas Keller.

ganz klar in den beruflichen Nachwuchs und damit in seine Zukunft. Bereits im Januar 2010 beschlossen die Verbandsmitglieder das ambitionierte Vorhaben, das knapp 2 Mio. Franken kosten wird. GastroBaselland festigt mit seinem zukunftsorientierten Ausbildungszentrum, das

ab September 2010 in Betrieb sein wird, seine Kernkompetenz der Aus- und Weiterbildung und wird in diesem zentralen Bereich zweifellos Massstäbe setzen. Nationalrat **Hans Rudolf Gysin**, Ehrenmitglied von GastroBaselland und Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, gratulierte den Baselbieter Wirten zu diesem wichtigen Berufsbildungs-Engagement.

#### Mehrwertsteuer-Diskriminierung

Die Gastrobranche fordert gleich lange Spiesse bei der Mehrwertsteuer. Speisen und alkoholfreie Getränke sollen künftig unabhängig vom Konsumationsort besteuert werden. Im Gastgewerbe gilt heute ein Steuersatz von 7,6 Prozent – an einem Takeaway-Kiosk oder in einem Verkaufsladen gelten jedoch nur 2,4 Prozent. Mit einer eidg. Volksinitiative will die Gastrobranche dieser Ungleichbehandlung ein Ende setzen. *MWB.*

SIEHE AUCH KOLUMNE OBEN